



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Uwe Schummer MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Minister für Bauen und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Oliver Wittke  
Elisabethstr. 5-11

40217 Düsseldorf

#### Berlin

Paul-Löbe-Haus  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 2 27 – 7 34 84  
📠 (030) 2 27 – 7 69 92  
✉ uwe.schummer@bundestag.de  
Homepage: www.uwe-schummer.de

#### Wahlkreis

Goetersstr. 54  
41747 Viersen  
☎ (0 21 62) 2 90 11  
📠 (0 21 62) 1 89 89

14. Oktober 2005

### **Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach**

Sehr geehrter Herr Minister,  
lieber Oliver Wittke,

der Regionalrat in Düsseldorf hat den beantragten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach abgelehnt. Die dafür notwendige Änderung des Gebietsentwicklungsplanes fand sowohl in der CDU-Fraktion, in der FDP-Fraktion als auch in der Fraktion der Grünen keine Mehrheit. Lediglich die SPD-Fraktion stimmte mehrheitlich der beantragten Änderung zu. Bei der Erörterung im Borussen-Stadion Mönchengladbach war ich erschrocken über die schlechte Vorbereitung und unsolide Planung. Bedenken der anliegenden Landkreise wurden kaum beachtet.

Der Presse entnehme ich, dass nunmehr von mehreren Seiten massiv auf Sie Einfluss genommen wird, insbesondere von Oberbürgermeister Bude (SPD) aus Mönchengladbach, den Ausbau des Flugplatzes Mönchengladbach als landespolitisch besonders wichtig zu erklären und im Landesentwicklungsplan festzuschreiben. Dies wäre eine schwere Missachtung des zuständigen Regionalparlaments. Daher bitte ich Sie, bei Ihrer in der Rheinischen Post vom 5. Oktober 2005 vertretenen Auffassung zu bleiben: „Wir können mit der Entscheidung gut leben“. Im Übrigen stehe die schwarz-gelbe Landesregierung zum Luftfahrtkonzept 2010 der rot-grünen Regierung, und dort war nur von einem Ausbau der Landebahn auf 1440 Meter die Rede.

Berücksichtigen Sie bitte auch: Der Regionalrat ist ein demokratisch legitimiertes Gremium. Seine Entscheidung sollte die Exekutive nur bei besonders schwerwiegenden landespolitischen Bedenken in Frage stellen, geschweige denn aushebeln – auch nicht durch die Hintertür, z. B. durch den Landesentwicklungsplan oder durch das Planfeststellungsverfahren.



**Uwe Schummer**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 14. October 2005

Der Niederrhein ist mit den Flughäfen Düsseldorf und Weeze bereits heute hervorragend an den internationalen Flugverkehr angeschlossen. Auch wir wünschen uns eine engere Kooperation der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn. Durch den weiteren Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach würde kein Mehrwert für den Niederrhein entstehen.

Die Befürworter des Ausbaus behaupten, nur mit dem Ausbau werde der Flugplatz wettbewerbsfähig, nur so könne der Flughafen Düsseldorf entlastet werden. Tatsächlich sind die Befürworter davon offenbar selbst nicht überzeugt. Sie scheinen nicht daran zu glauben, dass Fluggesellschaften in ausreichender Zahl ab Mönchengladbach fliegen werden. Parallel zu den Ausbauplänen haben Düsseldorf und Mönchengladbach deshalb die Genehmigung eines „Flughafensystems“ beantragt. Offensichtlich besteht nur mit Hilfe dieses Flughafensystems, also mit einem ordnungspolitischen Eingriff in die Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs, eine Chance, Flugverkehre von Düsseldorf nach Mönchengladbach gegen den Willen einzelner Fluggesellschaften zwangsweise zu verlagern. Auch aus diesem Grunde muss ein landespolitisches Interesse am Ausbau in Mönchengladbach verneint werden.

In dieser Frage bin ich einig mit der CDU des Kreises Viersen und den Bürgermeistern der neun Städte und Gemeinden. Bedauerlicherweise haben die Stadt Mönchengladbach und die Flughafenbetreiber Ihre Planungen über die Köpfe der betroffenen Landkreise hinweg vorgenommen. Eine schlüssige Kalkulation, inwieweit nach der anstehenden Novellierung des Fluglärmsgesetzes ein kostendeckender Nutzen eines Regionalflughafens Mönchengladbach möglich ist, existiert bis heute nicht.

Es gibt keinen Grund, neben der Lärmbelästigung der Menschen ein Subventionsfass ohne Boden zu schaffen. Es ist absehbar, dass zu einem späteren Zeitpunkt Zuschüsse des Landes NRW durch die Betreiber eingefordert würden. Von daher bitte ich Sie, einen ökologisch und ökonomisch völlig unsinnigen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach auf keinen Fall gegen das zuständige Regionalparlament durchzusetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Uwe Schummer, MdB